



Liese Kurrier

Südwestfalen in Europa - Europa in Südwestfalen

Keine Millionen für Millionäre - EU-Einigung zur Agrarreform

Sinnvoller Kompromiss zwischen Interessen der Landwirten und Anforderungen der Gesellschaft / Erstmals in Mitentscheidung / Keine Wiedereinführung von Tabaksubventionen



Kleine Betriebe werden besonders gefördert

Bei der heiß diskutierten Reform der EU-Agrarpolitik sind die Unterhändler von Europäischem Parlament, Rat und EU-Kommission zu einer Einigung gekommen. Das Parlament ist bei der aktuellen Agrarreform zum ersten Mal gleichberechtigter Mitgesetzgeber.

Ein Kernpunkt der Reform ist die sogenannte Kappung bei der Flächenprämie. „Seit vielen Jahren ist es ein Ärgernis, dass die Prämie für die Landwirte nur pro Hektar gezahlt wird. Ein Betrieb, der hundertmal so groß ist wie ein anderer, erhält hundertmal so viele Mittel von der EU. Das kann nicht sein“, so Peter Liese.

Die Einigung sieht vor, dass kleine Betriebe besonders gefördert werden müssen. Entscheidet sich ein Mitgliedsland, dies nicht zu tun, müssen alle Zahlungen über 150.000 € um fünf Prozent gekürzt werden. „Viel Geld ging bisher an die Königin von England und an große Kapitalgesellschaften mit riesigen Ländereien. Das gefährdet die Akzeptanz der EU-Agrar-

Fortsetzung auf Seite 2

Telefonieren im Ausland wird billiger

Neue Preise für SMS, mobiles Internet und Telefonieren in der EU treten in Kraft / Roaming-Gebühren soll ganz abgeschafft werden

Soviel bezahlen Sie, wenn Sie Ihr Handy im EU-Ausland nutzen (in Eurocent ohne MwSt.)		ab 1 Juli 2012	ab 1 Juli 2013	ab 1 Juli 2014
Internetnutzung (pro MB)		€70	€45	€20
Ausgehende Anrufe (pro Min)		€29	€24	€19
Eingehende Anrufe (pro Min)		€8	€7	€5
SMS (pro SMS)		€9	€8	€6

Quelle: Europäische Kommission

Ab 1.07.2013 sind die mobile Internetnutzung mit Smartphones oder Handys erneut günstiger geworden. Die EU-Kommission strebt zudem ein Ende der Roaming-Gebühren bis 2015 an.

„Dafür werde ich mich im EP einsetzen. Wir haben mehr Wettbewerb in den Markt gebracht und die bisherige Abzocke beim Roaming beendet“, so Peter Liese.



Liebe Leserinnen und Leser,

auch wenn es in den letzten Wochen etwas ruhiger geworden ist, die Staatsschuldenkrise im Euroraum ist noch lange nicht überwunden. Deswegen ist es wichtig, den richtigen Kurs zu halten. Durch meine Tätigkeit im CDU-Bundevorstand habe ich einen noch intensiveren Kontakt zu unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und ich bin immer wieder beeindruckt, wie ruhig und sachkundig sie den richtigen Weg aufzeigt.

Aber Europa ist mehr als die Eurokrise. Ich bin stolz darauf, dass ich in den letzten Wochen und Monaten vielen Ehrenamtlichen die Friedensnobelpreis-Medaille unserer Fraktion überreichen konnte. Damit soll deutlich gemacht werden, dass der Friedensnobelpreis allen 500 Mio. Bürgern in Europa und damit auch allen 1,14 Mio. Menschen in Südwestfalen gebührt.

Besuchen Sie meine Homepage www.peterliese.de oder meine Facebook-Seite www.facebook.com/peter.liese, um immer über die letzten Entwicklungen in Straßburg, Brüssel und Südwestfalen auf dem Laufenden zu sein. Natürlich bieten ich Ihnen nach wie vor monatlich meinen Newsletter per E-Mail an (Kontaktdaten siehe Rückseite).

Selbstverständlich stehen meine Mitarbeiter und ich Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihr

Peter Liese





Fortsetzung von Seite 1

politik. Das Parlament hat die Verbindung zwischen der Zahlungsbegrenzung und der Förderung der ersten Hektar, die vor allem kleinen Betrieben zu gute kommt, durchsetzen können“, so Liese weiter. Auch beim Problem Tabak wurde eine Lösung gefunden. Während der Abstimmung im EU-Parlament wurde ein Antrag angenommen, durch den die umstrittenen und eigentlich längst ausgelaufenen Tabaksubventionen wiedereingeführt werden sollten. „Dies wurde in den Verhandlungen zwischen Parlament und Rat zum Glück korrigiert, so dass es keine EU-Förderung von Tabak geben wird“, so Liese.

Erfolgreiches LEADER-Programm geht weiter

Gegenstand Einigung zwischen Europäischem Parlament und den Mitgliedstaaten war auch die zukünftige Finanzierung des beliebten LEADER-Programms. Die Region Südwestfalen profitiert durch zwei LEADER - Regionen „4 mitten im Sauerland“ (Bestwig, Eslohe, Meschede und Schmallenberg) und „LEADER-Region Hochsauerland“ (Brilon, Hallenberg, Marsberg, Medebach, Olsberg und Winterberg) sehr von dem Programm für die ländliche Entwicklung. „Hunderte von Projekten in unseren Dörfern wurden erfolgreich durchgeführt oder angeschoben“, so begrüßte Peter Liese das positive Ergebnis. Das Parlament hatte vorgeschlagen, das Programm weiterzuführen. 5 Prozent der Mittel für die ländliche Entwicklung sollen für LEADER ausgegeben werden. Diesem Ergebnis schlossen sich die Landwirtschaftsminister der Mitgliedstaaten an.



Peter Liese mit dem geschäftsführenden Vorstand der LEADER - Region „4 mitten im Sauerland“ bei der Enthüllung des Schildes zum neuen Bergbauwanderweg

Große Bühne in Europas Hauptstadt - Südwestfalen präsentiert sich beim Sommerfest der NRW-Landesvertretung in Brüssel



Jugendinfonieorchester der HSK-Musikschule

Peter Liese:

„Dass Südwestfalen eine starke Region ist, die einiges zu bieten hat, wussten die Bürgerinnen und Bürger schon immer. Spätestens jetzt weiß man auch in Brüssel Bescheid. Wir konnten zeigen, wie vielfältig, facettenreich und stark Südwestfalen ist.“



Stand der Universität Siegen - Mit Vertretern der Südwestfälischen Akademie für den Mittelstand



Peter Liese und Landrat Thomas Gemke am Stand der Gesundheitsinitiative Südwestfalen

die Speeding Scientists der Universität Siegen sowie Unternehmen wie Menekes Elektrotechnik und die Warsteiner Brauerei als Partner mit an Bord. Der Auftritt in Brüssel fand im Rahmen des Präsentationsjahres der REGIONALE 2013 statt. Bis September 2014 sind noch mehr als 100 Veranstaltungen, vor allem in Südwestfalen, geplant.

Zusammen mit Jugendlichen des Regionale-Filmprojekts „Jugend filmt Dorf“ aus Oberveischede und Referinghausen





EU-Kommission fordert Hunderttausende Ladestationen für Elektroautos - Der dazugehörige Stecker kommt aus Südwestfalen / Erfolgreicher Einsatz für die Region

In Zeiten steigender Spritpreise sind Alternativen gefragt. Die EU-Kommission hat jetzt einen Plan vorgelegt, um europaweit ein Netz von Elektrotankstellen aufzubauen.

Würden mehr Fahrer von Benzin- und Dieselaautos auf strombetriebene Kfz umsteigen, dann trüge das dazu bei, die EU weni-

ger abhängig von Öleinfuhren zu machen und die Treibhausgasemissionen zu senken. „Rund 84 % des von allen Verkehrsträgern verbrauchten Öls wird eingeführt – 2011 für eine Milliarde Euro pro Tag! Das meiste davon stammt aus instabilen Weltregionen – was die Versorgung unsicher macht“, so Dr. Peter Liese. Aber um unabhängiger vom Öl zu werden, braucht es eine andere Infrastruktur und ganz konkret: Damit der Strom von der Ladestation ins Auto kommt, braucht man Stecker und Steckdose.

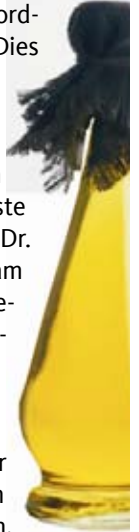
Hier kommt die Firma Menekes aus Kirchhundem im Kreis Olpe ins Spiel. Menekes entwickelte eine entsprechende Ladesteckvorrichtung, die den jetzigen Anforderungen entspricht, ein hohes Maß an Sicherheit und eine einfache Handhabung hat, aber auch schon zukünftige Anforderungen durch die Energiewende berücksichtigt.



Der Stecker der Firma Menekes Ladestation für Elektrofahrzeuge wird europaweit Standard

Erfolgreicher Protest gegen Ölkännchen-Verbot

EU-Agrar-Kommissar Ciolos hat die umstrittene Ölkännchenverordnung zurück genommen. „Dies ist ein großer Erfolg für eine bürgernahe Politik in Europa. Der Vorschlag der Kommission war kompletter Unsinn. Ich freue mich, dass unsere Proteste gewirkt haben“, dies erklärte Dr. Peter Liese. Er hatte gemeinsam mit Kollegen aus verschiedenen Fraktionen und Mitgliedsstaaten einen Offenen Brief an Kommissionspräsident Barroso geschickt. „Es gibt keinen sachlichen Grund für ein Verbot von Ölkännchen in Restaurants. Ich freue mich, dass es innerhalb der EU-Kommission noch vernünftige Kräfte gibt, die eine Überregulierung verhindert haben“, so Liese.



Die Kommission wollte Restaurantbesitzern verbieten, Olivenöl in Mehrwegbehältnissen wie Metall- oder Glaskännchen zur Verfügung zu stellen. Damit sollte verhindert werden, dass statt hochwertigem Olivenöl minderwertiges Öl angeboten wird.

Saubere Busse für europäische Städte durch Innovationen aus Südwestfalen

Zwar hat Europa in den letzten Jahrzehnten erhebliche Fortschritte im Hinblick auf eine sauberere Luft erzielt, doch bleibt die Luftverschmutzung ein ernsthaftes Problem und trägt weiter zur Schädigung unserer Gesundheit und der Umwelt bei. In städtischen Gebieten sind inzwischen 80 bis 97% der Bevölkerung einer Luftverschmutzung ausgesetzt,

die oberhalb der von der Weltgesundheitsorganisation festgelegten Grenzwerte zum Schutz der Gesundheit und über den zulässigen EU-Werten liegen.

Vor dem Hintergrund der ansteigenden Belastung mit Feinstaub hat die Europäische Kommission das Jahr 2013 zum Jahr der Luft erklärt. Einige Städte wie Berlin, London und Madrid setzen bei den Bussen schon konsequent im öffentlichen Personennahverkehr auf Partikel-Filter, um die Bürger zu schützen.

Um für dieses dringende gesundheitliche Problem die Augen der Europapolitiker und den Verantwortlichen in den Kommunen zu öffnen, führte die Mendener Firma HJS mit Partnerfirmen aus anderen EU-Ländern und der Hilfe von Dr. Peter Liese eine Veranstaltung im Parlament in Brüssel durch.



Saubere Busse für europäische Städte - Der Automobilzulieferer HJS aus Menden im EP in Brüssel

Peter Liese:

„Ich freue mich, dass wir in Südwestfalen solch erfolgreiche Firmen haben, die innovative Lösungen für drängende Probleme anbieten“



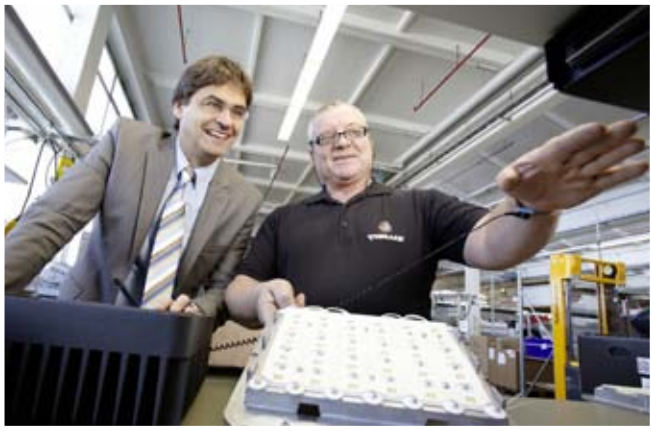
Der Geschäftsführende Gesellschafter Hermann Josef Schulte (2.v.l.) und Peter Liese wollen die Feinstaubbelastung in den Städten verringern

In Europas Städten muss hier aber noch viel getan werden. Die Firma HJS Emission Technology aus Menden entwickelt und produziert Rußpartikel-Filter für Lastwagen und Busse und kann auch innovative Ausrüstätze für die bestehende Busflotte liefern.



Peter Liese im Gespräch

Starker Emissionshandel hilft Unternehmen aus Südwestfalen - Keine Strompreiserhöhung für Mittelstand und Verbraucher



„Am ETS hängen ganz konkret Arbeitsplätze auch bei uns in Südwestfalen ab.“

Herr Liese, wie bewerten Sie die momentane Lage des Europäischen Emissionshandels (ETS)?

Das ETS krankt momentan an den niedrigen Preisen für die Verschmutzungszertifikate. Dazu geführt hat zum Teil die Wirtschaftskrise, die Unternehmen brauchten keine Zertifikate. Vor allem aber die zu großzügige kostenlose Verteilung der Zertifikate bis Ende letzten Jahres ist eine Kinderkrankheit des Systems. Die müssen wir behandeln.

Um im Bild zu bleiben: Wie soll diese Behandlung aussehen?

Das EP hat sich im zweiten Anlauf für die Stärkung des europäischen Emissionshandels ausgesprochen. Um das System zu stabilisieren, sollen zeitweilig Zertifikate aus dem Markt genommen werden. Das ist der

erste Schritt - wenn Sie so wollen, eine Erste-Hilfe-Maßnahme. Über die weitere Behandlung müssen wir jetzt sorgfältig diskutieren.

Was sind die Folgen des derzeitigen Preises?

Es gibt es keine Anreize mehr, in saubere Technologien zu investieren. Wenn die Einnahmen aus dem Emissionshandel gegen null gehen, fehlt das Geld für viele wichtige Projekte, die zum Gelingen der

Energiewende beitragen. Daran hängen ganz konkret Arbeitsplätze auch bei uns in Südwestfalen. Deshalb brauchen wir die Stärkung des ETS.

Die hat das EP nun beschlossen...

... und der Beschluss war nicht unumstritten. Ich halte ihn dennoch für richtig und wichtig. Es ging in gewisser Weise um die Frage, wollen wir eine europäische Klimaschutzpolitik, Ja oder Nein? Ich will mich eindeutig weiterhin für Klimaschutz einsetzen - und Ökonomie mit Ökologie verbinden, auch wenn die Stimmen aus der Industrie gegen den Plan zum Teil sehr laut waren.

Inwiefern profitiert Südwestfalen konkret von einem starken ETS?

Ein starkes ETS ist insbesondere wichtig für viele Unternehmen in unserer Region, die von Projekten der Energiewende profitieren. 100 % der Einnahmen des ETS gehen in Deutschland in den nationalen Energie- und Klimafonds. Aus diesem werden nicht nur Projekte für die Gebäudesanierung und die Förderung

Fortsetzung auf Seite 5

Schluss mit Verbrauchertäuschung bei Spritverbrauch

Das EP fordert dringend eine Änderung der Verbrauchsangaben bei PKW. Automobilverbände, Verbraucherschützer und andere beklagen, dass die Diskrepanz zwischen dem angegebenen und tatsäch-

lichen Verbrauch immer weiter auseinandergeht. Bis zu 30% beträgt der Mehrverbrauch. Der Grund sind Schlupflöcher des bestehenden Testzyklus. Der Test findet unter völlig unrealistischen Bedingungen

statt, z.B. ohne Klimaanlage, Licht und Scheibenwischer. Dies soll sich ändern. Das Parlament hat im Gesetzgebungsverfahren über die CO₂-Grenzwerte von Pkws entsprechende Änderungsanträge gestellt. Grundsätzlich besteht Einigkeit, aber wegen der Diskussion über technische Details bei den neuen Grenzwerten, konnte der Beschluss noch nicht endgültig angenommen werden.

Peter Liese:

„Der bestehende Testzyklus ist eine schlimmere Verbrauchertäuschung als der Pferdefleischskandal. Das muss sich ändern. Wir wollen bereits ab 2017 einen realistischeren Testzyklus für die EU verbindlich machen“



Martin Klug Verbraucherzentrale (VZ) NRW, Peter Liese und Ingo Döring VZ Iserlohn setzen sich für korrekte Verbrauchsangaben bei Autos ein



Fortsetzung von Seite 4

der Elektromobilität, sondern z.B. auch Unterstützungen für die Kommunen zur Einführung von energieeffizienter Straßenbeleuchtung (LED) finanziert. Genau in diesen Bereichen haben wir in unserer Region Unternehmen mit großem Know-how.

Was genau hat das Parlament beschlossen?

Beschlossen hat das EP erstens eine Folgeabschätzung für die Verlagerung bedrohter Sektoren. Es ergibt keinen Sinn, wenn unsere traditionelle Industrie mitsamt den Arbeitsplätzen aus Europa abwandert und dann die Emissionen woanders stattfinden. Zweitens ist die Anzahl der aus dem Markt zu nehmenden Zertifikate auf 900 Millionen begrenzt. So ist der Preiseffekt limitiert. Und drit-

tens darf der Eingriff nur einmalig erfolgen. Die Kommission kann jetzt also nicht immer, wenn ihr der Preis nicht passt, am System „herumdoktern“. So erreichen wir Planungssicherheit.

Was bedeutet die Entscheidung für Industrie und Verbraucher?

Unternehmen, die auf dem neuesten Stand der Technik sind, erhalten Zertifikate kostenlos. Sie sind von einer Verknappung der Zertifikate nicht betroffen - im Gegenteil: Ihre Zertifikate steigen im Wert. Unternehmen, die nicht auf dem neuesten Stand sind, müssen hinzukaufen - ein Anreiz, um in klimafreundliche Technologie zu investieren. Für Normalverbraucher und Mittelstand ändert sich nichts, denn in Deutschland sinkt die EEG-Umlage bei steigendem Zertifikatspreis.

Der europäische Emissionshandel (ETS) ist das Kernstück der europäischen Klimapolitik. Das ETS soll Unternehmen belohnen, die in klimafreundliche Technologien investieren und deshalb weniger CO₂ emittieren. Unternehmen, die das Klima stark belasten, weil sie veraltete Technik einsetzen, müssen investieren oder sie werden zur Kasse gebeten, weil sie Zertifikate, also Verschmutzungsrechte, zukaufen müssen.

Der Emissionshandel ist ein marktwirtschaftliches System. Er kann Klimaschutz zu wesentlich geringeren Kosten erreichen als etwa Ordnungsrecht (also Steuern oder ähnliches). Bei Verabschiedung des reformierten Emissionshandels im Jahr 2008 ging man von einem Preis von etwa 30 € aus. Zuletzt ist der Preis auf unter 5 € gefallen.

Europäisches Parlament will Missbrauch bei Gen- und HIV-Tests vermeiden - Peter Liese zuständiger Berichterstatter



Das Europäische Parlament will diagnostische Tests wie Gen-, HIV- und Blutzuckertests stärker regulieren. Peter Liese betreut dieses Gesetz derzeit im Europäischen Parlament. Nach Angaben des Paul-Ehrlich-Instituts sind in den letzten Jahren immer wieder minderwertige Tests auf den Markt gekommen. So erhielt ein HIV-Test die Zustimmung einer slowakischen benann-

ten Stelle obwohl er wesentlich mehr falsch negative Ergebnisse anzeigte als vergleichbare Tests. Das heißt, der Test sagt aus, dass kein HIV-Virus vorliegt, während es in Wirklichkeit vorliegt. Minderwertige Tests sind eine riesige Gefahr, z.B. bei Bluttransfusionen oder wenn man aufgrund einer falschen Diagnose ungeschützten Geschlechtsverkehr hat. Diese Missstände werden nun angepackt. Genau wie bei Medizinprodukten, wie Brust- und Hüftimplantaten, ist eine stärkere Kontrolle notwendig. Auch nach der Zulassung sind stärkere Kontrollen notwendig - das muss aber nicht durch staatliche Behörden geschehen.

Im Bereich der DNA-Tests will das Europäische Parlament nicht nur die Qualität der Tests sondern auch die Qualität der Information über die Tests verbessern. Man kann heute einem achtzehnjährigen Menschen mitteilen, ob er mit 50 an einer unheilbaren Krankheit wie Chorea Huntington leiden wird. Eine solche Diagnose hat dramatische Konsequenzen, nicht nur psychologisch sondern auch für den Umgang mit Versicherungen und Arbeitgebern. Daher darf sie nur nach kompetenter Beratung durchgeführt werden.

In Deutschland, Frankreich, Portugal, Österreich und anderen Ländern gibt es sehr gute Gesetze dazu, aber viele Länder in Europa haben in diesem Bereich überhaupt keine Regeln. Hier sind europäische Mindeststandards nötig.

Lieses Vorschlag wurde im zuständigen Ausschuss für Umwelt und Gesundheit des Europäischen Parlaments sehr positiv aufgenommen und hat im Prinzip die Unterstützung aller Fraktionen. Auch Gesundheitskommissar Tonio Borg hat Zustimmung signalisiert, ebenso viele Mitgliedstaaten. Daher hofft der Arzt auf eine Annahme des Vorschlags noch in diesem Jahr.

Peter Liese:

„Auch bei Medikamenten die wir durch staatliche Behörden oder die Europäische Arzneimittelagentur zulassen, gibt es immer wieder Skandale. Entscheidend ist nicht wer kontrolliert, sondern dass kontrolliert wird. Das System muss verbessert werden.“



EP stimmt Ausnahmeregelungen bei medizinischen Untersuchungen mit MRT zu - Technik unverzichtbar für Behandlung

Das EP hat einer Ausnahmeregelung für MRT-Anwendungen im Rahmen der Richtlinie zu elektromagnetischen Feldern zugestimmt, um den Einsatz dieser wichtigen medizinischen Anwendung in Europa auch zukünftig problemlos zu ermöglichen.

„Wir brauchen in der EMF-Richtlinie eine Ausnahmeregelung für MRT-Geräte. Ohne die jetzt beschlossene Ausnahme für MRT-Anwendungen würde der Einsatz im medizinischen Alltag deutlich erschwert und die Patienten könnten nicht mehr problemlos untersucht und behandelt werden. Insbesondere wäre es schwierig, wenn bei Kindern oder demenzten Patienten ein Arzt oder eine Kranken-

schwester mit in die Untersuchungsröhre müsste. Auch das Operieren unter MRT würde deutlich erschwert. Die Technik ist aber unverzichtbar“ so Liese.

Bereits 2004 hatte die EU Grenzwerte für elektromagnetische Strahlen beschlossen. Später wurde jedoch festgestellt, dass die Grenzwerte, die in der Richtlinie vorgesehen sind, aber ein Problem für die medizinische Untersuchungsmethode MRT darstellen. Aufgrund der Proteste vieler Ärzte und Patienten haben die EU-Institutionen das In-Kraft-Treten dieser strikten Regelungen zweimal hinausgeschoben, um den problemlosen Einsatz der medizinischen Anwendung nicht zu gefährden.



Magnetresonanztomographiegeräte sind ein wichtiges Untersuchungsverfahren für medizinisches Diagnosen

EP beschließt neue Regeln für Babynahrung

Vorschriften zur Kennzeichnung und zum Inhalt von Säuglingsmilch und Lebensmitteln für besondere medizinische Zwecke werden zukünftig klarer geregelt, um Verbraucher besser zu schützen und deutlicher zwischen Lebensmitteln des allgemeinen Verzehrs und solchen für Sonderzwecke unterscheiden zu können. Die vom Europäischen Parlament beschlossene Gesetzgebung vereinfacht die Regeln und sorgt für Klarstellung.

Peter Liese:

„Es ist medizinisch unstrittig, dass Muttermilch das Beste für das Baby ist. Irreführende Kennzeichnung, Aufmachung und Werbung für Säuglingsnahrung und Folgenahrung, die durch Bilder und Werbeaussagen vom Stillen abhalten, werden durch unseren Beschluss verboten. So erhöhen wir den Schutz für Neugeborene und Kleinkinder“.

Auch die Definition von Diätprodukten wurde klar geregelt. Künftig fallen nur noch Lebensmittel für eine extrem kalorienarme Ernährung, die Ärzte krankhaft übergewichtigen Patienten als Nahrungsergänzung verschreiben, unter diesen Begriff. Die Kommission wird durch die verabschiedete Verordnung zudem aufgefordert, sicherzustellen, dass Rückstände von Pestiziden in diesen Produkten auf ein Minimum reduziert werden. Die Regelung gilt ab 2016.

Klonen von menschlichen Embryonen ist medizinisch und ethisch der falsche Weg

Trotz des angeblichen Durchbruchs beim sogenannten „therapeutischen Klonen“ sind viele medizinische Fragen ungelöst. So ist es beispielsweise nach wie vor so, dass embryonale Stammzellen, wenn Sie

Peter Liese:

„Das Klonen von menschlichen Embryonen, egal zu welchem Zweck, ist ethisch und medizinisch der falsche Weg.“

transplantiert werden, sich unkontrolliert entwickeln und zum Beispiel Tumore hervorrufen. „Es gibt zurzeit nur einen klinischen Versuch zur Behandlung von Erkrankungen des Auges. Über Ergebnisse ist nichts bekannt.

Dagegen gibt es über 6000 sogenannte klinische Prüfungen mit Stammzellen aus dem Körper Erwachsener, adulte Stammzellen. Diese sind zum Teil sehr erfolgreich. Auch die ethischen Probleme, die mit dem sogenannten „therapeutischen Klonen“ verbunden sind, sind nicht gelöst. Eine Technik, die jetzt in den USA entwickelt wurde, lässt sich nicht dauer-

haft auf die Herstellung von Stammzellen begrenzen. Mit der gleichen Technik kann man auch das geklonte Baby herstellen. Und die Beteuerungen der Forscher, dass sie das nicht wollen, sind nicht überzeugend.

Zum Klonen von menschlichen Embryonen braucht man Eizellen. Auch wenn jetzt gesagt wird, dass die Zahl der Eizellen durch die neue Technik verringert werden können, so braucht man doch hunderttausende von Eizellen wenn man im großen Stile Therapien auf dieser Basis durchführen will. Eine Eizellenspende ist allerdings mit einem hohen medizinischen Risiko verbunden. Es hat in diesem Zusammenhang sogar schon Todesfälle gegeben.





Jährliche TÜV-Untersuchung vom Tisch

In jeder Ausgabe möchten wir Ihnen ein Gericht aus einem Land der EU vorstellen.

„Gazpacho“



ZUTATEN für 4 Personen:

Croutons

- 2 Scheiben Toastbrot
- 40 g Butter

Gazpacho

- 1 kleinere Salatgurke
- 3 – 4 Tomaten
- 2 entkernte, entstrunkte rote Paprikaschoten
- 300 ml kaltes Wasser
- 1 EL mildes Olivenöl
- Salz
- 1 Prise Zucker
- 1 Prise mildes Chilipulver

Kräuterblättchen zum Garnieren



Zubereitung:

CROUTONS

Das Toastbrot entrinden, in kleine Würfel schneiden, in der Butter bei milder Hitze goldbraun anbraten, auf einem Sieb abgießen, auf Küchenpapier abtropfen lassen und leicht salzen.

GAZPACHO

Die Gurke schälen, längs halbieren, mithilfe eines Esslöffels die Kerne entfernen, die Tomaten waschen, vierteln, entstrunken und entkernen, die Paprikaschoten waschen, entstrunken und entkernen. Von allen Gemüsesorten so viel in kleine Würfel schneiden, dass es jeweils etwa einen Esslöffel ergibt. Das übrige Gemüse grob zerkleinern, mit Wasser, Essig und Knoblauch in einem Mixer pürieren. Unter weiterem Mixen das Olivenöl hinzufügen. Mit Salz, Zucker und einer Prise Cayennepfeffer würzen.

ANRICHTEN

Im Kühlschrank gut durchkühlen lassen, anschließend nochmals nachschmecken, in kalten Tassen anrichten, mit Croutons bestreuen und mit Kräuterblättchen garnieren.

Das EP hat neue Rahmenbedingungen für die technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Anhängern beschlossen und damit das Vorhaben der Europäischen Kommission, betagte Autos jedes Jahr zur Hauptuntersuchung zu schicken, als „unnötige Schikane für Autofahrer“ abgelehnt. Es sollen aber europaweit Mindeststandards festgelegt werden, um die Anforderungen an die Mitgliedstaaten zu harmonisieren und somit eine Erhöhung der Verkehrssicherheit zu erreichen. Die Mindeststandards für alle EU-Länder sehen künftig vor: Spätestens vier Jahre nach der Erstzulassung und dann alle zwei Jahre muss ein Kraftfahrzeug vorgeführt werden. Länder dürfen eigene strengere Standards einführen, aber die Vorgaben nicht unterbieten. Für deutsche Autofahrer ändert sich nichts, da die heutige Rechtslage die erste Hauptuntersuchung drei Jahre nach der Erstzulassung und dann alle zwei Jahre vorschreibt.

Peter Liese:

„Die Kommission wollte bei Fahrzeugen, die älter als sechs Jahre sind, eine jährliche Überprüfung vorschreiben. Dann hätte jeder Bürger mit seinem Auto einmal im Jahr zum TÜV gemusst - gerade für Leute, die sich aus finanziellen Gründen kein neues Auto leisten können, ein Riesenärgernis. Das haben wir verhindert.“

Gewinnspiel!

SUDOKU

1	8			6			4
	2			5		7	9
		3	4				8
2						4	3
	1	9		8		6	
8			6				9
7			2	1	8		
						6	
4						2	8

Ziel des Rätsels ist es, die leeren Felder so zu vervollständigen, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem Block die Ziffern 1-9 nur einmal vorkommen. Es gibt nur eine eindeutige Lösung!

Die Lösung lautet:



Bitte senden Sie die Lösung bis zum **31. Oktober 2013** unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift an das:

CDU-Europabüro Südwestfalen

Le-Puy-Str. 17
59872 Meschede
Tel. 0291 9959 13
Fax 0291 9959 27
E-Mail: info@peter-liese.de
www.peter-liese.de

Mitmachen lohnt sich:



Unter den Gewinnern verlost Peter Liese 10 Kochbücher „Appetit auf Europa“ mit Rezepten von Starkoch Alfons Schuhbeck.

Viel Glück!



Peter Liese und Vertreter der heimischen Leuchtenindustrie treffen Kommissionspräsident Barroso: Energieeffizienz muss Priorität der EU bleiben

Anlässlich eines Treffens der NRW CDU-Abgeordneten aus Land, Bund und EU hat der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso Arnsberg-Hüsten besucht.



Dr. Peter Liese und Prof. Patrick Sensburg übergeben mit dem Vertreter der heimischen Leuchtenindustrie Dietmar Zembrot (2. v. r.) eine energieeffiziente LED-Leuchte an EU-Kommissionspräsident Barroso

Den Anlass nutzte Dr. Peter Liese, Barroso auf die Bedeutung der Energieeffizienz als eigenständiges Klimaziel der EU hinzuweisen.

Unterstützung erfährt Liese dabei von heimischen Unternehmen. Dazu überreichte der Präsident der europäischen Leuchtenhersteller „Lighting Europe“, Dietmar Zembrot, Geschäftsführer der Firma TRILUX, in Arnsberg-Hüsten Barroso persönlich die Stellungnahme des Verbandes zum aktuellen „Grünbuch“ der Kommission, in der ebenfalls Energieeffizienz als verbindliches Ziel gefordert wird.

Hintergrund der Übergabe: Momentan läuft die Konsultation zum sogenannten „Grünbuch“ der EU-Kommission zur Weiterentwicklung der Klimaziele. Betroffene Unternehmen und Verbände reichen dazu Stellungnahmen ein, die die Kommission für die Gesetzgebung auswertet und berücksichtigt. Von einigen Seiten wird gefordert, einzig ein CO₂-Ziel anzustreben. Dies lehnt Liese ab: „Wir brauchen verbindliche Ziele für CO₂, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Das fordert auch der Umweltausschuss des EP. Ein alleiniges CO₂-Ziel spielt den Atomkraft-Befürwortern in die Karten. Es wäre grundsätzlich nicht nur möglich, dass nach dem europäischen Beihilferecht Einspeisegesetze für Kernenergie ermöglicht werden, sondern auch eine direkte Förderung der Kernenergie aus dem europäischen Haushalt wäre möglich.“

Das kann nicht im Interesse Deutschlands sein“, so Liese.

„Pro eingesetzten Euro kann man mit Energieeffizienz deutlich mehr Kohle, Gas und Öl sparen, als wenn man nur auf erneuerbare Energien setzt. So gelingt die Energiewende. Unsere südwestfälischen Unternehmen sind auf diesem Gebiet teilweise weltweit führend. Jetzt ist die EU gefragt, die weitere Richtung vorzugeben. Ich werde mich für Energieeffizienz als eigenständiges Ziel einsetzen“, so Liese.

Verschiebung der Beitrittsverhandlung mit der Türkei begrüßt

Keine Ermutigung für restriktive Politik von Erdogan

Peter Liese begrüßt die Entscheidung der EU, die Eröffnung eines neuen Kapitels in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in den Herbst zu verlegen. Die irische Ratspräsidentschaft hatte zunächst vorgeschlagen, im Juni mit den Verhandlungen über die Regionalpolitik zu beginnen. Hier geht es um viele Milliarden Euro, die die Türkei bei einem eventuellen Beitritt erhalten sollte.

Peter Liese hatte gemeinsam mit anderen Abgeordneten heftig dagegen protestiert. „Es wäre das völlig falsche Signal an die Regierung Erdogan, wenn sie in einer Zeit, in der Demonstranten niedergeknüppelt werden und Anwälte unter fadenscheinigen Begründungen ins Gefängnis gesperrt werden, positive Signale erhält. Daher bin ich froh, dass mein Protest und der anderer Abgeordneter Wirkung hat“, so Liese.

Südwestfalen ist Spitze

Südwestfalen ist die Region mit der höchsten Industriedichte in NRW, die auch im Bundesvergleich ganz vorne dabei ist. Das renommierte Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) bestätigt nun schwarz auf weiß: Südwestfalen ist die gemessen am Beschäftigungsanteil des produzierenden Gewerbes mit 47,4 % drittstärkste Region Deutschlands.

Indikator	Rang in	
	NRW	D
Anteil der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe	1	3
Industriedichte (Beschäftigte je 1000 Einwohner)	1	6
Anteil der Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe	1	8
Bruttowertschöpfung des produzierenden Gewerbes in Mrd. €	5	6
Bruttowertschöpfung des produzierenden Gewerbes je Einwohner	1	13

Quelle: IW



Impressum: CDU-Europabüro Südwestfalen, Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede, Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27
E-Mail: info@peter-liese.de, www.peter-liese.de / Fotos: Peter Liese, Fotolia.de